



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 07.12.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 12. Dezember 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2023

2. 23-A-83-0009

ANLAGE

Einladung des Industriebeirats zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
- Positionspapiere des Industriebeirates -

3. 23-F-63-0096

ANLAGE

Zeit für ein neues Tempo: Verwaltung, Vereine, Ehrenamt und Gewerbetreibende gleichermaßen durch Entbürokratisierung entlasten

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.09.2023
- Beschluss Nr. 364 der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2023 -
- Vorstellung eines Konzeptes zur Vereinfachung von Veranstaltungsgenehmigungen -

Bereich Gesundheit

4. 23-F-69-0092

Zwerg-Nase-Zentrum

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 6.12.2023 -

Das Zwerg-Nase-Zentrum ist eine einzigartige Einrichtung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Beeinträchtigungen. Nach dem Umzug 2021 in das neue Zwerg-Nase-Zentrum stehen nun 84 Plätze für besondere Kinder und junge Erwachsene zur Verfügung. Die Nähe zur Helios Dr.-Horst-Schmidt-Klinik, sichert dem Zwerg-Nase-Zentrum zwar Unterstützung in Notfallsituationen, jedoch ist diese nach Angaben der Geschäftsführerin nicht ausreichend auf den besonderen Bedarf des Zentrums abgestimmt. Ebenso mangelt es an einer regelmäßigen medizinischen Versorgung.

Das Zwerg-Nase-Zentrum ist eine der wenigen Einrichtungen in Deutschland, in der Kinder und junge Erwachsene ihr komplettes Leben verbringen dürfen, denn laut Gesetz müssen sie ab dem 18. Geburtstag in ein Altenpflegeheim umziehen - auch wenn die kognitive Entwicklung nicht dem biologischen Alter entspricht. Im Zwerg-Nase-Zentrum haben die jungen Erwachsenen durch die besondere Fürsorge und umfassende Unterstützung ein bedarfsgerechtes Zuhause und erhalten mehr Lebensqualität und Freude. Das Zwerg-Nase-Zentrum leistet durch sein Engagement wertvolle Arbeit und ist ein großartiges Projekt, welches die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützen sollte.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, inwiefern die Landeshauptstadt Wiesbaden das Zwerg-Nase-Zentrum bei der medizinischen Versorgung, besonders bei der Notfallversorgung, unterstützen könnte.
2. Kontakt mit der Geschäftsführerin des Zwerg-Nase-Zentrums aufzunehmen und sie in den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit einzuladen, und ihr hier die Möglichkeit zu geben, das Zwerg-Nase-Zentrum und die aktuellen Herausforderungen vorzustellen.

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

5. 23-F-15-0024

ANLAGE

Umzug des SVR

- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 11.10.2023 -
- Beschluss Nr. 158 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.10.2023 -

6. 23-V-05-0094

ANLAGE - DL 36/23-1

Änderung der Sondernutzung Warenauslagen

- Beschluss Nr. 161 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.10.2023 -

Bereich Digitalisierung

7. 23-F-69-0091

Digitale und hybride Sitzungen in Aufsichtsräten und Betriebskommissionen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 6.12.2023 -

Die digitale Teilnahme an Sitzungen bietet die Möglichkeit, geografische Barrieren zu überwinden und den Teilnehmenden eine flexible Teilnahme von verschiedenen Standorten zu ermöglichen. Zu Beginn der Coronapandemie sind in den einzelnen Gesellschaftsverträgen teilweise schon Verfahren zur digitalen Sitzung aufgenommen worden. Gerade für berufstätige Ehrenamtler wäre es eine Erleichterung, wenn die digitale Teilnahme an einer Präsenzsitzung grundsätzlich auch in den Aufsichtsräten und Betriebskommissionen möglich wäre. Die zunehmende Digitalisierung könnte unter Wahrung der demokratischen Prinzipien gleich in mehrfacher Hinsicht Chancen bieten.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sollte gerade im Hinblick auf die Kosteneffizienz, Flexibilität und zur Reduzierung der Umweltauswirkungen zur Digitalisierung der kommunalen Gremien beitragen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu prüfen und mit den Gesellschaften zu evaluieren, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen Aufsichtsräte und Betriebskommissionen digital und/oder hybrid stattfinden können. Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss vorgestellt werden.

8. 23-F-63-0156

Green IT

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 6.12.2023 -

Hinter dem Begriff „Green IT“ verbirgt sich das Bestreben, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten. Dies beinhaltet auch die Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung der Geräte.

Seit 2012 erfüllt Wiesbaden alle Kriterien der „Fairtrade-Town-Kampagne“ und ist damit eine Stadt, die den fairen Handel auf lokaler Ebene erfolgreich fördert.

Das eigene Portfolio kann durch einfache Maßnahmen weiter sukzessive in Richtung Ressourcenschonung ausgerichtet werden, in dem bei der Beschaffung von Elektronik eben auch auf „faire, ökologische und langlebige“ - Produkte gesetzt wird.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. wie möglichst nachhaltige und wenig Energie verbrauchende IT beschafft werden kann;
2. ob dahin gehend bereits eine Strategie entwickelt wurde und verfolgt wird.
 - a) Sofern es dafür noch keine Strategie gibt, eine solche zu entwickeln und dem Ausschuss darüber zu berichten.
 - b) die Beschaffungsliste für die Beschäftigten der LHW zu überarbeiten, sofern noch nicht geschehen, und um fair produzierte Elektronik (wie beispielsweise das „Fairphone“) zu erweitern.
3. was mit obsoleter Elektronik geschieht;
4. wie abgängige Geräte entsorgt werden und wie darauf geachtet werden kann, dass auch die Entsorgung ressourcenschonend im Sinne der „Green IT“ erfolgen könnte.

9. 23-F-63-0092

ANLAGE

Priorisierung der Umsetzung der OZG-Leistungen nach Empfehlung des IT-Planungsrates

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 13.09.2023 -
- Beschluss Nr. 128 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 19.09.2023 -
- Aktueller Sachstand -

Bereich Allgemeines:

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-F-63-0088

Smart City Füllstandsensoren für Mülleimer

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 28.06.2023 -
- Bericht des Dezernates VII vom 26.09.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

2. 23-F-69-0062

DL 35/23-2

Brauchtum pflegen und Ehrenamt fördern

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.09.2023 -
- Bericht des Dezernates I vom 04.11.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

3. 23-V-61-0004

DL 38/23-4, 35/23-20

Masterplan Gesundheitswirtschaft

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende